



Österreich



Rot-Grün in Wien: Traum und Wirklichkeit

All jene, die im Abschluss der Wiener Koalitionsvereinbarung eine links-linke Chaosregierung krypto-kommunistischen Zuschnitts heraufdämmern sahen, können befreit durchatmen: Die Koalition erweist sich aus ArbeitnehmerInnen-Sicht schon jetzt als unzureichend.

SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Notfall Gesundheitswesen

Mindestens 100.000 Menschen in Österreich haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung. Aber auch bei den Versicherten gibt es wachsende Probleme. Durch die Kürzungspläne der Regierung wird alles noch düsterer.

SEITE 3

Schwerpunkt



Alternativen zum maroden Kapitalismus

Bereits vor der Wirtschaftskrise hat der Kapitalismus tagtäglich bewiesen, dass er nicht funktioniert. Aber was ist die Alternative? Mehr Kontrolle und Regeln? Individueller Aufstieg? Oder Sozialismus?!

SEITEN 4/5

Internationales



Linksparteien in der Krise

Gerade in der tiefsten Krise des Kapitalismus seit den 30er Jahren schaffen es viele neuen linken Formationen nicht, die Wut unter ArbeiterInnen und Jugendlichen aufzugreifen und ihnen eine antikapitalistische Perspektive zu geben. Warum?

SEITE 7

GEMEINSAM gegen ALLE Kürzungen:

Spart euch euer Sparpaket!



von Laura Rafetseder, SLP-Wien

71% der Bevölkerung sind der Meinung, dass das Kürzungspaket der Regierung ungerecht ist (Quelle: OGM/Kurier). Massensteuern, Kürzungen bei der Familienbeihilfe, Erschwerungen beim Bezug von Pflegegeld, Einsparungen bei Pensionen, Kürzungen bei den Krankenkassen – das alles trifft ArbeitnehmerInnen und ihre Familien. Die Unternehmen werden durch neue Steuern lediglich im Ausmaß von 80 Millionen Euro getroffen. Doch hier liegt das Geld: Die obersten zehn Prozent der Bevölkerung verfügen über mehr als zwei Drittel des gesamten Vermögens. Warum wird das Geld nicht bei diesen zehn Prozent geholt?

Gemeinsam gegen ALLE Kürzungen!

Die Regierung setzt auf „Teile und Herrsche“ und führt Einsparungen durch die Hintertür ein. Sie spielt eine Gruppe gegen eine andere aus, um so die Kürzungen leichter durchzubringen. Das macht aber das Kürzungspaket nicht weniger dramatisch. Betroffen sind Gruppen, die schwer die Möglichkeit haben, sich zur Wehr zu setzen. Für PflegegeldbezieherInnen, die künftig kein Pflegegeld mehr bekommen, oder Studierende über 24, die nun um die Familienbeihilfe umfallen, sind die Kürzungen ein schwerer Schlag. Die FPÖ beginnt bereits mit rassistischer Hetze gegen MigrantInnen. Ihnen soll die Familienbeihilfe gestrichen werden – wenn es nach der FPÖ geht.

Auch wenn manche das Gefühl haben, mit einem blauen Auge davongekommen zu sein: Bei vielen Kürzungen, wie z.B. im Gesundheitsbereich, wird erst später deutlich, was das bedeutet. Und: Das ist erst die erste Runde von Kürzungen! Das Paket baut auf der Annahme einer positiven Konjunkturentwicklung auf. Das aktuelle Mini-Wachstum ist aber alles andere als stabil. Zur Erinnerung: Österreichs Banken haben Kredite im Ausmaß von rund einem Drittel des

BIPs an Osteuropa vergeben und sind auch in Griechenland, Irland und Portugal engagiert. Ein erheblicher Unsicherheitsfaktor. Selbst bürgerliche ExpertInnen erwarten international einen neuen Einbruch der Wirtschaft. Die jüngste Panik in der EU angesichts der Schulden von Irland und Portugal zeigten, ein neuer Einbruch könnte rasch kommen. Wenn er kommt, wird die Regierung „nachbessern“ – und noch schärfere Angriffe fahren. Wenn wir die erste Runde gewinnen und die Kürzungen jetzt verhindern, dann ist die Ausgangslage für die nächste Runde eine wesentlich bessere. Klar ist: Jede Spaltung schwächt den Kampf gegen die Kürzungen! Nur wenn wir gemeinsam gegen alle Kürzungen kämpfen, können wir sie auch zurückschlagen!

Nach dem 27.11. muss der Widerstand weitergehen!

Die Studierenden sind gegen die Kürzungen auf die Straße gegangen. Das ist ein guter erster Schritt. Die Regierung musste darauf reagieren und kleine Zugeständnisse machen. Das zeigt, dass Proteste erfolgreich sein können. Allerdings handelt es sich bei den Änderungen nur um Kosmetik, weil sich an der Summe der Kürzungen nichts ändert. Am 18.11. protestierten in Wien Behinderte lautstark gegen die Kürzungen beim Pflegegeld. Und zur Zeit finden auch Lohnverhandlungen statt. Eine zentrale Rolle für einen erfolgreichen Kampf kommt den Gewerkschaften zu. Um die Kürzungen zu verhindern, müssen wir die Unternehmen dort treffen wo es weh tut – bei ihren Profiten. Und das geht nur durch Streiks. Frankreich, Griechenland, Spanien & Co. zeigen vor, wie's geht. Der ÖGB muss nicht nur zu einer bundesweiten Demonstration mobilisieren, sondern einen eintägigen bundesweiten Streiktag als ersten Schritt organisieren. ÖGB-Präsident Fogler hat skandalöser Weise in einer ersten Aussendung das Kürzungspaket gutgeheißen. Dass er rasch relativieren musste zeigt, dass

auch der ÖGB von seinen Mitgliedern unter Druck gesetzt werden kann. Die Proteste bei Studierenden, SchülerInnen, Behinderten etc. müssen weitergehen und so auch den Druck auf die Gewerkschaft steigern. Wenn es gelingt, den ÖGB soweit unter Druck zu setzen, dass er Widerstand organisiert und die Angriffe zurückgeschlagen werden, dann kann verhindert werden, dass die FPÖ vom Unmut gegen die Kürzungen profitiert!

Für eine sozialistische Alternative zu den Kürzungen!

Die SPÖ hat versucht, sich vor den Wien-Wahlen ein linkes Image zu geben. Übrig geblieben ist davon nichts. Die SPÖ setzt Kürzungen um und macht Politik gegen ArbeitnehmerInnen. Daran ändert auch Rot-Grün in Wien nichts. Denn auch wenn in Wien noch nicht im großen Stil der Sparstift angesetzt wird – wenn von der Regierung eine Budgetkürzung für die Bundesländer kommt, wird auch Rot-Grün diese Kürzungen umsetzen. Wenn sie die Menschen, die sie gewählt haben, vertreten würden, müssen sie gegen die Kürzungen mobilisieren. Wenn sie das nicht tun, stehen sie auf der anderen Seite. SPÖ wie Grüne tragen die Sparlüge mit – d.h. sie akzeptieren die Idee, dass angeblich gespart werden „muss“. Grund ist, dass sie keine politische Alternative zur kapitalistischen Logik haben. Wer sagt, dass wir diejenigen sein müssen, die für die Krise bezahlen? Nötig ist eine Partei, die tatsächlich unsere Interessen vertritt, einen Kampf organisieren kann und echte Alternativen hat. Wenn Unternehmen mit Abzug ihrer Unternehmen drohen, wenn es eine tatsächliche Besteuerung ihrer Gewinne gäbe, dann müssen sie verstaatlicht und unter Kontrolle der Beschäftigten gestellt werden. Die Regierung kürzt ständig bei uns. Den Unternehmen sind unsere Rechte herzlich egal. Darum brauchen wir entschlossene Gegenwehr. „Radikal“ heißt, das Problem bei der Wurzel anzupacken. Pack' mas!



Der Standpunkt

von Sonja Grusch,
SLP-Bundessprecherin

„Und gibt es keine Kampfpartei, dann müssen wir sie gründen!“

So lautet eine Textzeile in der „Proletenpassion“ der Österreichischen Politband „Schmetterlinge“, mit der ich aufgewachsen bin. Viel spannender als in der Schule wurden die Kämpfe der Unterdrückten – der Bauern, der ArbeiterInnen, der Armen – musikalisch aufgearbeitet. An allen historischen Beispielen wird deutlich: Nie hat es am Kampfwillen gefehlt, oft aber an einer politischen Kraft, einer Organisation, die die Kämpfe zusammenführt, die versucht Fehler der Vergangenheit zu vermeiden und ein Programm und eine Strategie hat, um Verbesserungen und Veränderungen zu erreichen. Das ist bestürzend aktuell. Jugendliche organisieren Schulstreiks gegen die unmenschliche Abschiebepolitik der Regierung. Im ÖGB gärt es und der ÖGB-Präsident muss in weniger als 72 Stunden seinen Kurs von sanfter Unterstützung des Sparpaketes auf klare Ablehnung ändern. Zehntausende Studierende gehen gegen das Sparpaket auf die Straße. Und doch: die wenigsten Aktionen erreichen, was sie wollten. Einige Abschiebungen wurden zwar verhindert, aber die meisten Betroffenen haben weiterhin einen unsicheren Aufenthaltstitel. Auch wenn am Sparpaket nachgebessert wird, ändert sich am grundlegenden Kurs (die ArbeiterInnenklasse soll zahlen) nichts. Was fehlt, ist auch heute eine politische Kraft – eine Organisation, eine Partei – die die Wut bündelt und zu Widerstand macht. Die ein Programm entwickelt dass sich nicht an der Logik des Kapitalismus orientiert sondern kompromisslos für die ArbeiterInnenklasse und die sozial Schwachen eintritt. Die Sozialdemokratie übernimmt diese Rolle längst nicht mehr. Die Grünen ebenso wenig. Die FPÖ ist nur vermeintlich sozial, dafür aber umso rassistischer.

Solange es die „Kampfpartei“ nicht gibt, werden die Herrschenden weiter machen, wie sie wollen. Die SLP tritt seit vielen Jahren für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei in Österreich ein. Und so muss sie sein: kämpferisch, demokratisch, antirassistisch, offen für Einzelpersonen und Organisationen. Und sie braucht ein sozialistisches Programm. Denn die aktuellen Probleme, ebenso wie die künftigen, die bei einem neuerlichen Einbruch der Wirtschaft noch zunehmen werden, sind im Kapitalismus nicht lösbar.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: digiDruck, 1100 Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

von Alexander Svojtka, SLP-Wien

Jene, die mit der Wiener Koalitionsvereinbarung eine links-linke Chaosregierung krypto-kommunistischen Zuschnitts heraufdämmern sahen, können aufatmen: Das vom rechtskonservativen Block an die Wand gemalte „Horrorexperiment“ erweist sich aus Sicht von ArbeitnehmerInnen schon jetzt als unzureichend, wenn nicht gar enttäuschend. Es geht kein Gespenst um in der goldenen Wienerstadt.

Armutsbekämpfung werden Symptome, nicht Ursachen

Armutsaktiv bekämpfen, heißt ihre Ursachen zu bekämpfen: Durch Mindestlöhne, von denen man/frau leben kann. Durch eine Arbeitszeitverkürzung, die Arbeitsplätze schafft. Stattdessen strebt die Stadt eine weitere Reduktion des Personalstandes an. Und bei den Ärmsten bleibt der Sparstift angesetzt: Hieß es im grünen Wahlprogramm noch, es werde durch eine „Grundsicherung“ bei Bedarf „mit Geldleistungen über der Armutsschwelle“ geholfen, steht es in der Koalitionsvereinbarung deutlich anders: dort bleibt man bei der „Mindestsicherung“. Die beträgt 744 EUR, die Armutgefährdungsschwelle liegt aber bei 951 EUR. Ebenso unangetastet bleibt die zynische „Nächtigungsgebühr“. Obdachlose „BezieherInnen der Wiener Mindessicherung“ zahlen also auch weiterhin vier Euro in den gemeindeeigenen Notschlafstellen. Aktive Armutsbekämpfung sieht anders aus.

Wohnen bleibt teure Privatsache

Zu recht monierte das Wahlprogramm der Grünen, dass seit dem „segenreichen Wirken“ Werner Faymanns als Wiener Wohnbaustadtrat keine neuen Gemeindewohnungen mehr gebaut wurden. Sie werden es auch unter Rot-Grün nicht. Zwar wird im Regierungsabkommen vage angedeutet, über Förderungen (für Private?) „in den nächsten fünf Jahren mindestens 1000 neue leistbare Kleinwohnungen“ schaffen zu wollen; die Ge-

Wie berechtigt sind die Hoffnungen in Rot-Grün?

Traum und Wirklichkeit



*Erfüllt Maria Vassilakou die eigenen Forderungen?
Werden in Wien unter Rot-Grün die untersten Gehaltskategorien
bei Gemeindebediensteten und ArbeitnehmerInnen in Betrieben,
die unter Kontrolle der Stadt stehen, endlich angehoben?*

meinde selbst aber wird keine Wohnungen bauen. Damit ist klar, dass Wohnen in Wien weiterhin teurer werden wird. Ein Umstand, der der neuen Regierung offensichtlich bewusst ist. Warum sonst wurde in der Regierungserklärung eine „Informations- und Aufklärungskampagne zu überhöhten Mieten und Betriebskosten“ explizit festgeschrieben?

Bildung: Wenn der Bund nicht will...

So massiv Bildung und Integration den Wahlkampf, wie auch den Entschluss zu Rot-Grün letztendlich bestimmt haben, so wenig Konkretes findet sich dazu im Regierungsabkommen. Über weite Strecken kommt es über Absichtserklärungen nicht hin-

aus: zwar wird etwa die „Neue Mittelschule“ – also der gemeinsame Unterricht der 10-14jährigen – flächendeckend versprochen; allerdings scheitert die umgehende Umsetzung daran, dass die „Neue Mittelschule“ als Schulversuch in der Kompetenz des Bundes liegt: der hat eine 10%-Obergrenze eingezogen. Ähnliches gilt für den Grati-Kindergarten, der bleiben soll. Aber hier mangelt es an PädagogInnen, weshalb man erst „mit dem Bund Gespräche über eine „gemeinsame Ausbildungsoffensive“ starten werden müssen. Wer hindert das Land Wien daran, all das einfach zu tun?

Integration: ...hilft das gar nichts!

Bereits implementierte Programme

zur „Integrations- und Niederlassungsbegleitung“ wie etwa „Start Wien“, sollen um so wohlklingende Maßnahmen wie dem noch auszuarbeitenden „Wiener Vertrag“ inkl. „Wiener Charta des Zusammenlebens“ erweitert werden. Das Nachgeben nach rechts konnte schon bislang nicht den blauen Stimmenanteil im Gemeindebau minimieren. Im Gegenteil: Rot-Grün gibt damit letztlich der Behauptung nach, die Probleme wären kultureller Natur. Tatsächlich haben sie zentrale soziale Ursachen, die mit einer „Wiener Charta“ aber ignoriert werden. Übrigens: das Wort „Bleiberecht“ kommt in der Regierungserklärung nicht vor.

Gesetze umsetzen, auch wenn diese falsch sind?

Viele erhoffen sich Rot-Grün als etwas neues, frisches, als eine sozialere und menschlichere Stadtregierung. Also etwas, das dringend nötig ist. Der große Wurf ist der Koalitionsvertrag aber nicht – zu sehr folgt Rot-Grün einem Sparzwang, der laut kapitalistischer Logik das Gebot der Stunde ist. Und der mit dem nächsten Einbruch und dem Finanzausgleich des Bundes noch steigen wird. Die Schlüsselfrage wird sein, ob sich die neue rot-grüne Regierung an die vom Bund und „Gesetzen“ vorgegebenen Zwänge hält. Ob sie der Sparpolitik und der Abschiebepolitik der Regierung den Kampf ansetzen oder diese umsetzen oder bestenfalls abschwächen wird.

Dringend nötig in Wien sind neue billige Wohnungen, eine Arbeitszeitverkürzung, die Jobs schafft und ein Mindestlohn im Öffentlichen Dienst, der Armut bekämpft. Dringend nötig ist ein Bleiberecht für die von Abschiebung bedrohten Menschen und ihre rechtliche Gleichstellung. Wenn die rot-grüne Regierung diese nötigen Schritte umsetzt – Sehr gut. Wenn sie es aber nicht tut, dann müssen jene die ein solches Programm für nötig befinden – rot/grün WählerInnen oder auch nicht – für diese Ziele einen politischen Kampf führen, an dessen Ende auch eine neue, linke politische Kraft in Wien stehen kann.

Gmunden: Für freien Zugang zum Badeplatz

Freiraum schützen: Hotel verhindern!

von Lisa Wawra, SLP-Gmunden

Seit nunmehr drei Jahren gibt es das Projekt Lacus Felix. Ein vier Sterne-Thermentempel für Menschen, die es sich leisten können. Es soll auf dem ehemals öffentlichen Badeplatz, dem Seebahnhof, gebaut werden. Der Seebahnhof ist ein beliebter Badeplatz der GmundnerInnen. Vor allem für Jugendliche ist er ein idealer Treffpunkt um gemütliche Sommernachmittage miteinander zu verbringen. Außerdem finden auf dem Areal coole Feste für Jung und Alt statt. All das kann man sich natürlich abschminken, wenn daneben ein 60 Meter hohes Thermenhotel steht.

Undemokratische Haltung des Gemeinderats

Trotz Unterschriftenaktionen und lautstarkem Protest wurde weder eine BürgerInnenbefragung durchgeführt, noch in anderer Weise ein Dialog mit der Bevölkerung gesucht. Stattdessen werden Illusionen in neue Jobs und Gä-

ste geschürt. Aber sogar die umliegenden HotelunternehmerInnen sind skeptisch, ob sich das Hotel Lacus Felix je rentieren wird. Und wer soll dann für die Pleite zahlen?

Doch darauf wurde in keinsten Weise eingegangen. Auf die Frage ob es eine Rentabilitätsrechnung gäbe, antwortete der Bürgermeister, der Unternehmer werde schon wissen, was er tut.

Jugend wehrt sich

Die Grünen leisten zwar Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung, bieten aber keinerlei gemeinsame Aktionen an, um sich aktiv gegen das Hotel zu wehren.

Beim Abriss des Bahnhofsgebäudes, leisteten einige Jugendliche spontan Widerstand indem sie sich an die Baufahrzeuge ketteten und erst durch die Polizei losgeschnitten werden mussten. Der Unmut über das Hotelprojekt ist gerade bei Jugendlichen groß, da es ohnehin kaum günstige Freizeit- oder Kultureinrichtungen gibt.

Die SLP unterstützt die Aktionsgrup-

pe Seebahnhof und andere, die gegen das Hotel etwas tun wollen. Gemeinsam organisierten wir erste Vernetzungstreffen und veranstalteten am 27.11. eine Demonstration gegen das Bauprojekt.

Wir fordern:

- ▶ Keine Entscheidung über unsere Köpfe hinweg!
- ▶ Für eine bindende BürgerInnenabstimmung!
- ▶ ausreichend Platz in der Gemeindezeitung „MittendrIn“ für Information von Seiten der GegnerInnen und BürgerInnenversammlungen mit vollem Rede-recht für die KritikerInnen des Projekts, bis zur BürgerInnenabstimmung.
- ▶ Keine Subventionen für ein Luxus-hotel!
- ▶ Stattdessen mehr Investitionen für die GmundnerInnen z.B. im Gesundheits- und Jugendbereich!
- ▶ Wenn ein Hotel, dann eines, das sich jeder leisten kann.

Eine linke Alternative ist notwendig

Bei unseren ersten Treffen konnten wir schnell Viele von unseren Ideen und Methoden überzeugen. Denn in Gmunden gibt es außer der SLP keine linke Gruppierung, die Alternativen zum derzeitigen System und zur derzeitigen Politik aufzeigt. Es ist kein Naturgesetz, dass die Bevölkerung teure Bauvorhaben von UnternehmerInnen finanziert, nichts von deren Gewinnen hat, und dann vielleicht auch noch die Sanierung bezahlen kann, wenn das Projekt in Konkurs geht. Und gerade jetzt, wo die Regierung ein Sparpaket beschließt, bei dem fast ausschließlich die Jugend und die ArbeitnehmerInnen draufzahlen, während sich die Reichen noch mehr bereichern können, ist es wichtig sich zusammenzuschließen und sich gemeinsam gegen die Kürzungen die uns bevorstehen, zu wehren.

27.11. um 14.00

**Demonstration gegen das Bauprojekt
Treffpunkt: Toskaner Parkplatz**

Kranke Kassen, kranke Anstalten, gesunde Wirtschaft?

Notfall Gesundheitswesen

von Helga Schröder, SLP-Wien

Mindestens 100.000 Menschen in Österreich haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung. Durch Prekariat, Scheinselbständigkeit, Studium, Armut und Erwerbslosigkeit fallen immer mehr aus der Versicherung und haben nicht einmal im Notfall einen Arzt. Teilweise werden sie von karitativen Einrichtungen notdürftig behandelt. Wie viele mangels Behandlung schwere Folgeschäden oder den Tod erleiden interessiert niemanden, weil der Anschein einer flächendeckenden, modernen Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung gewahrt werden muss. Durch die Kürzungspläne der Regierung wird alles noch düsterer.

Regierung verhindert Widerstand durch Sparen bei den Schwächsten

Reiche, die für Angehörigenpflege MigrantInnen prekär beschäftigen, erkennen naturgemäß keinen Pflege-notstand. Das Pflegegeld ist ein Tropfen auf den heißen Stein, es deckt laut Rechnungshof maximal 58 % der Kosten. Das bedeutet die Gefahr der Armut von Pflegebedürftigen und Ausbeutung der Pflegenden: also unbezahlte Arbeit von Angehörigen, meist Frauen. 80 % der Pflegenden sind Angehörige, davon wieder 80 % Frauen, 30 % aller Pflegenden sind burn-out-gefährdet. Die Erschwerung des Zugangs zu den ersten beiden Pflegegeldstufen trifft diejenigen, die sich nicht wehren können.

„Wertlose“ Arbeit?

Im Kapitalismus zählt Profit. An



diesem Prinzip ändern auch Reformen und Sozialgesetze nichts. Unbezahlte soziale Arbeit wird für Profitsteigerung und Lohndruck gebraucht. Billig oder kostenlos leisten hier v.a. Frauen und Zivis Schwerstarbeit. Das Frauenbild der „Mutter und HelferIn“ hat „handfeste“ Gründe. Im Gesundheitswesen geht ohne gemeinnützige Organisationen und unbezahlte Arbeit der Zivildieners nichts, dennoch werden dort 3,5 Mio. EUR gestrichen.

Aber auch jene Beschäftigten, die ihre Arbeit bezahlt bekommen, verdienen wenig für eine körperlich und menschlich sehr belastende Arbeit. Die Einkommen der Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich liegen um rund ein Fünftel unter dem Durchschnittseinkommen. 2006 verdienten nach einer Studie der AK Salzburg 70 % der Beschäftigten im Gesundheitswesen maximal 1500 EUR netto. Die Belastungen durch Personalmangel sind enorm. ArbeitnehmerInnen leiden verstärkt an burn-out-Syndrom und physischen Erkrankungen.

Kaputtgesparte Krankenanstalten

In Krankenanstalten kommt es wegen Personalmangels und Spar-drucks zu massiven Problemen. Im AKH-Wien gab es wochenlange Proteste der Hebammen. Im LKH Klagenfurt schlugen ÄrztInnen Alarm über Personalmangel. In einer Betriebsversammlung wurde auf die Fehlplanung beim LKH neu und die fehlende Einbeziehung der ÄrztInnen aufmerksam gemacht. Der ärztliche Leiter wurde entlassen und sieht seine Kritik als Grund. Nach Auskunft der ÄrztInnen fehlen im Krankenhaus 10-24 Intensiv-KrankenpflegerInnen und herrschen Zustände „wie auf einem Rangierbahnhof“. Beschäftigte protestieren gegen intensiven Lohndruck. Bei einer Nierenoperation kam es zu einem folgenschweren Fehler. Es gibt Gerüchte über eine Schließung des Krankenhauses - bald werden Vorschläge kommen, dass die Beschäftigten durch Lohnverzicht die Schließung abwenden sollen. Doch das LKH Klagenfurt ist nur ein Beispiel für die

verheerenden Folgen der Sparpolitik. Die vom Gesundheitsminister geplante Zentralisierung im Spitalsbereich hat als Ziel die Nivellierung nach unten - es werden die jeweils miesesten Standards gelten um zu sparen.

Regierung schröpft Kranke um 60 Millionen

Die Kassen haben schon fleißig gekürzt - nun beschneidet die Regierung die Zahlung an den Krankenkassenstrukturfonds von 100 Mio. EUR auf 40 Mio. EUR. Leistungen der Kassen werden also weiter reduziert. Kurz nach Beschluss des Sparpakets gab die Sozialabteilung des Landes Oberösterreich die Kürzung von 33 % des Budgets für psychosoziale Beratungsstellen und Krisendienste bekannt.

Zwei-Klassen-Medizin ist System

Durch die Höchstbemessungsgrundlage leisten hohe Einkommen - wenn überhaupt - nur einen winzi-

gen Teil Sozialversicherungsbeiträge. Dienstgeberbeiträge richten sich nach dem Lohn. Sie stehen in keinem Verhältnis zu riesigen Gewinnen von Konzernen, sondern verringern sogar den steuerpflichtigen Gewinn. Von großen Vermögen, hohen Unternehmensgewinnen und Einkommen sowie von Kapitalerträgen werden überhaupt keine Beiträge geleistet. Unternehmen profitieren von Arbeit, diese macht häufig auch noch krank. Der Druck in der Arbeitswelt verursacht immer mehr psychische und physische Krankheiten. Dennoch werden die Kosten für das Gesundheitswesen auf ArbeitnehmerInnen abgewälzt. Wer kann, versichert sich privat und Versicherungsunternehmen profitieren. Die anderen sind von Leistungskürzungen und schweren Mängeln im Gesundheitswesen betroffen oder ganz von medizinischer Versorgung ausgeschlossen.

- Ausbau statt Kürzungen im Gesundheitssystem. Wer von der Arbeit anderer, die oft auch noch krank macht, profitiert soll für das Gesundheitswesen zahlen.
- Im Gesundheitswesen müssen gut bezahlte, gut ausgebildete Menschen in ausreichender Zahl und mit ausreichender Ausstattung hochwertige Leistungen erbringen.
- Gesundheitsleistungen müssen allen gleich - und daher kostenfrei und versicherungsunabhängig - zugänglich sein. Medizinische Versorgung darf kein Privileg Wohlhabender sein!

Regierung vs. Menschen mit Behinderung: Kündigungsschutz verteidigen!

von Karin Wottawa, SLP-Wien

Die Angriffe der Regierung haben es auf Menschen mit Behinderung besonders abgesehen: Kürzungen beim Pflegegeld, weniger Geld für Organisationen die Behinderte unterstützen, ein Stopp im Ausbau der Barrierefreiheit und die Aufhebung des Kündigungsschutzes für Menschen mit Behinderung.

In Österreich gibt es rund 600.000 Menschen mit Behinderung - viele arbeiten am sogenannten „Ersten Arbeitsmarkt“ d.h. in einem normalen Betrieb. Als Menschen mit Behinderung haben sie besondere Schutzbestimmungen, sie sind „Begünstigte Behinderte“. Neben Bestimmungen gegen Diskriminierung o.ä. gibt es auch einen besonderen gesetzlichen Kündigungsschutz. Schutzbestimmungen sind kein Privileg, sondern nötig um Menschen vor der absoluten Ausbeutung der Arbeitskraft zu schützen. Schutzbestimmungen sind eine wichtige Errungenschaft der ArbeiterInnenbewegung in verschiedenen Bereichen.

Nun soll dieser Kündigungsschutz gesetzlich fallen. Im „Gegenzug“ werden die Strafzahlungen für Unternehmen, die einen Menschen mit Behinderung nicht einstellen, obwohl sie es auf Grund ihrer Beschäftigtenanzahl (ab 25 MitarbeiterInnen) müssen, geringfügig erhöht. Das Argument für die Abschaffung ist ebenso irreführend wie populistisch und zutiefst neoliberal. Es sei angeblich positiv, denn nun - da sie keinen Kündigungsschutz mehr haben - würden sie von Unternehmern ja viel leichter und lieber aufgenommen werden! Dass Unternehmer das Fallen von Schutzbestimmungen praktisch finden, mag sein, für die ArbeiterInnenklasse bedeutet das einen weiteren Schritt der Aushöhlung von Schutz und Rechten. Und wer werden die nächsten sein? Fällt der Kündigungsschutz für schwangere Kolleginnen? Wie

massiv wird der Lehrlingsschutz vor Kündigung noch eingeschränkt (die Aufweichung von Schutzbestimmungen hat hier übrigens KEINE Jobs geschaffen). Werden Ruhebestimmungen beim Pflegepersonal nun auch bald als „nicht wettbewerbsfähig“ eingestuft?

Spaltung verhindern!

Die Diskussion und die Abschaffung solcher Schutzbestimmung fördert zudem die Spaltung zwischen ArbeitnehmerInnen und ihren behinderten KollegInnen. Charlie, ein Betroffener beschreibt die Situation so: „Das Fallen von Schutzbestimmungen kann eine größere Spaltung der ArbeiterInnenklasse zu Folge haben, und die Entsolidarisierung fördern; wenn KollegInnen das Gefühl bekommen, dass sie benachteiligt sind, werden sie nicht gemeinsam für ihre Rechte kämpfen.“ Denn die Diskussion um Schutzgesetze hat natürlich auch die Frage um deren grundsätzliche Notwendigkeit mit im Schlepptau. Daher sind Forderungen gegen die Spaltung und Entsolidarisierung jetzt besonders wichtig:

- Volle Gleichstellung in der Entlohnung - auch in Werkstätten
- Schaffung von Arbeitsplätzen, die es behinderten KollegInnen ermöglichen nach ihren Möglichkeiten zu arbeiten
- Nicht weniger Kündigungsschutz für Menschen mit Behinderung, sondern mehr Kündigungsschutz für Alle!
- Kein „Freikaufen“ von Unternehmen, so dass sie behinderte KollegInnen nicht einstellen müssen - Strafzahlungen in jedem Fall so hoch wie ein Gehalt!
- Keine Aushöhlung von Schutzbestimmungen!
- Gemeinsamer Kampf behinderter und nicht-behinderter KollegInnen gegen gesetzliche Verschlechterungen!

Handelsangestellte müssen kämpfen Kein Weihnachtsgeschenk für Unternehmen!

von Herbert Wanko, SLP-Wien

Letztes Jahr haben ArbeitnehmerInnen hart für die Krise bezahlt. Der Handel aber machte auch während der Krise Gewinne - also her mit fetten Lohnerhöhungen! Nachdem am 17.11. die 5. Verhandlungsrunde über die Kollektivverträge für fast 500.000 Handelsangestellte ergebnislos abgebrochen wurde, ist es an der Zeit, die Kampfmethoden zu verschärfen. Eine erste Demonstration von über 300 BetriebsrätInnen am 17.11. hat offensichtlich zu wenig Druck auf die Unternehmen erzeugt. Nun sind BetriebsrätInnenkonferenzen und die Mobilisierung der Basis gefragt, wo die nächsten Kampfmaßnahmen beschlossen werden. Und was bietet sich da besser an, als Streiks an den Adventstagen bzw. am 8. Dezember!

1.200 Euro netto Mindestlohn für alle

Die Forderung der GPA-djp nach 1.300 Euro brutto Mindestlohn ist ein Hohn (das sind ca. 1.050 Euro netto). Arbeiten Handelsangestellte weniger, oder ist ihre Arbeit weniger Wert, als die von Angestellten z. B. in der Metallbranche? Die VerhandlerInnen sollten sich nicht nach der prozentuellen Lohnerhöhung der MetallerInnen richten, sondern am Metaller-Mindestlohn, der bei 1.500 Euro liegt.

Zahnlose Gewerkschaft?

Am 5.11. einigten sich Gewerkschafts- und UnternehmensvertreterInnen auf 2,5 % Lohnerhöhung für die Metall-Industrie. Obwohl der Bundesvorstand der PRO-GE und die BetriebsrätInnen-Konferenzen der Metaller beschlossen hatten, dass das Thema Arbeitszeitverkürzung von den Lohnverhandlungen nicht zu trennen ist, ließ sich das Verhandlungsteam



wieder einmal über den Tisch ziehen.

Die ArbeitgeberInnen hatten auf weitere Arbeitszeitflexibilisierung verzichtet, um der Gewerkschaft den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dieses Kalkül ist auch voll aufgegangen und die VerhandlerInnen der Gewerkschaft verzichteten ihrerseits auf eine Arbeitszeitverkürzung. Dabei hatte Wirtschaftsminister Mittellehner schon angekündigt, eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit notfalls auch per Gesetz durchzudrücken.

Für ein Scheitern der Verhandlungen am 5.11. hatte der PRO-GE Bundesvorstand schon die Streikfreigabe erteilt. Dann wurde aber wieder ein fauler Kompromiss erzielt. Beim Handel könnte es die Gewerkschaft (bei Redaktionsschluss) noch besser machen und für die KollegInnen wirkliche Verbesserungen bei Löhnen und Arbeitszeit erkämpfen. Die Weihnachtszeit ist dafür im Handel ideal - niemals sonst haben sie so ein Druckmittel in der Hand.



KAPITALISMUS FUNKTIONIERT NICHT! GIBT ES ALTERNATIVEN?

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

Bereits vor der Wirtschaftskrise hat der Kapitalismus tagtäglich bewiesen, dass er nicht funktioniert. Er war und ist unfähig allen Menschen ein Leben in Würde und ohne Not zu garantieren. Die Krise hat vielen Menschen aufs Neue bewiesen, dass der Kapitalismus - zumindest so, wie er besteht - nicht funktioniert. Aber was ist die Alternative?

Kapitalismus - abgelehnt

Aus einer internationalen Studie im Auftrag der BBC geht hervor, dass eine überwältigende Mehrheit den bestehenden Kapitalismus ablehnt. In Frankreich sind über 40% der Meinung, der Kapitalismus habe "total versagt, und ein anderes Wirtschaftssystem ist notwendig". Selbst in den USA sind nur mehr ca. 25% der Meinung, der Kapitalismus würde "sehr gut funktionieren".

Die Forderung nach "besseren Regeln" und "mehr Kontrolle" im Kapitalismus gehören mittlerweile zum politischen Mainstream. Selbst jene PolitikerInnen, die uns jahrzehntelang erklärt haben, dass "privat besser als Staat" und Kontrollen über die Finanzmärkte entweder nicht notwendig oder bolschewistisches Teufelswerk (je nach Belieben) seien, stellen diese jetzt auf. Der überwiegende Teil der Menschen in den meisten Ländern der genannten BBC-Studie ist der Meinung, dass der "Kapitalismus Probleme hat, die durch Regulierungen und Reformen in den Griff zu kriegen sind". Grundsätzliches Misstrauen aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre mischt sich hier mit Hoffnungen, dass System doch noch ohne allzu große Schmerzen wieder flott zu bekommen. Freilich existieren inzwischen auch viele andere Beispiele: In zahlreichen sozialen Bewegungen Lateinamerikas haben Menschen zu Mitteln der politischen Selbstorganisation und ökonomischen Selbstverwaltung in den Betrieben gegriffen.

Mehr Kontrolle oder andere Gesellschaft notwendig?

InvestorInnen stecken ihr Geld nicht deshalb in Börsen-Blasen, weil sie so gierig oder ignorant wären, sondern weil in diesen Bereichen, zumindest kurzfristig mehr Profit zu machen ist, als bei Investitionen in die sogenannte "Realwirtschaft". ÖGB, Attac, etc. machen Finanzspekulationen als das eigentliche Übel für die Krise verantwortlich. Dabei übersehen sie jedoch, dass Spekulationen seit Beginn des Kapitalismus ein integraler Bestandteil der Wirt-

schaft sind. Stets haben KapitalistInnen in der Hoffnung auf mehr Profit an der Börse spekuliert. Notwendigerweise führte das in regelmäßigen Abständen zu Krisen (zum ersten Mal in der Tulpenkrise in den Niederlanden 1637). Die "Realwirtschaft" steckt in Europa und den USA seit gut zwei Jahrzehnten in der Krise; erst dadurch kam aus zur Aufblähung der Spekulationsblase. Unsere Alternativen sind deshalb nicht ein "dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus" (Christian Felber) mit real nur neuen Spielregeln für den Finanzbereich, sondern eine grundsätzlich andere gestaltete Wirtschaftsordnung, beginnend bei der Organisierung der Produktion.

Schärfere Regeln und strengere Kontrollen wären natürlich trotzdem zu befürworten. Aber wer soll sie einführen und sich um deren Einhaltung kümmern? Die Antwort von Attac und ÖGB-Führung meinen "der Staat" sei dafür verantwortlich. Dabei ignorieren sie den Charakter des Staates im Kapitalismus, sehen ihn losgelöst von den existierenden politischen und wirtschaftlichen Realitäten. Die Politik der etablierten Parteien orientiert sich ausschließlich an den Profitinteressen von Banken und Konzernen und nicht an den Bedürfnissen der breiten Masse der Bevölkerung. Das Verhalten der Regierungen weltweit hat nach den Börsencrashes 2008 ff. bewiesen, dass sie trotz Sonntagsreden gegen den "Raubtierkapitalismus" nicht bereit sind etwas zu ändern (trotz der "guten Argumente" von Gewerkschaften, Attac und Co.). Im Gegenteil. Den Banken wurden international Billionen zugeschoben. Die meisten davon waren nicht einmal existenzbedroht sondern nutzten die großzügig ausgezahlten Steuergelder um das Spekulationswerk am Laufen zu halten. Arbeiten also bewusst auf die nächste Krise hin.

Von diesen Staaten ist nicht zu erwarten, dass sie von einem Tag auf den anderen oder auf Grund von Argumenten, seien sie auch noch so gut und rational, ihre Politik ändern. Und selbst wenn sich eine Regierung, z.B. durch eine Massenbewegung, gezwungen fühlen würde bei Banken und Konzernen Einschnitte vorzunehmen, wer würde uns garantieren, dass sie eingehalten werden? Können wir den Prölls, Faymanns und Merkels dieser Welt die "Kontrolle" von FinanzspekulatorInnen überlassen? Die Antwort auf Vorstellungen dieser Art kann nicht eine "andere" Regierung (also die Gleiche Politik in anderer Farbkonstellation) sein, sondern eine grundlegend andere Gesellschaft. Private Profitwirtschaft, Aktienspekulationen, Lohndruck und Arbeitslosigkeit sind keine Naturgesetze. Sie werden auch nicht durch eine "klügere" Regierungspolitik überwunden werden sondern nur durch die Überwindung der

ihnen zugrundeliegenden Wirtschaftsordnung, sprich des Kapitalismus.

Isolation oder Widerstand?

Es ist verständlich, wenn Menschen sagen, sie wollen den kapitalistischen Irrsinn nicht länger mitmachen und versuchen (zumindest scheinbar) unabhängige Wirtschaftsstrukturen aufzubauen. Tauschkreise (z.B. Talente-Tauschkreis in Vorarlberg), Alternativgeld (Waldviertler, Chiemgauer, etc.), aber auch Konsum- oder Produktionsgenossenschaften gewinnen (zumindest in der Form von Reißbrettkonzepten) wieder an Bedeutung. Gemein haben diese Konzepte, dass sie eine scheinbar heile Welt im kapitalistischen Unheil aufbauen wollen. Zweifels- ohne mögen solche Projekte eine gewisse Zeit lang das Leben der Beteiligten bereichern und lokal eine gewisse Unabhängigkeit von Staat und Kapital ermöglichen. Mittelfristig gesehen führen solche Konzepte aber nicht zum Aushebeln der Profitlogik und daher nicht zu der (notwendigen) Veränderung der Gesellschaft. Auch genossenschaftlich organisierte Betriebe, oder Betriebe unter ArbeiterInnenmanagement sind in einer kapitalistischen Gesamtwirtschaft von "normalen" privatkapitalistischen Firmen abhängig (Zulieferer, GroßkundInnen, etc.). Diese sitzen jedoch, gegenüber den selbstverwalteten (klein)Betrieben oder Strukturen am längeren Ast, können Preise diktieren, etc. Kleine, auch selbstverwaltete Wirtschaftsstrukturen sind nach wie vor den "Spielregeln" des Kapitalismus unterworfen, stellen also im Kern keine Alternative dar. Genossenschaften, Tauschkreise, etc. können eine wichtige Ergänzung zum Kampf für eine grundsätzlich andere Gesellschaft darstellen. Sind sie aber nicht eingebettet in eine entsprechende Gesamtstrategie der sozialistischen Gesellschaftsveränderung, können sie aber - aufgrund ihrer regionalen oder nationalen Beschränktheit - ein Einfallstor für rechtes und reaktionäres Gedankengut darstellen. So verbindet etwa die bundesdeutsche NPD ihre Forderung nach Abschottung der deutschen Volkswirtschaft mit Ideen welche ebenfalls die Geldwirtschaft ausschalten möchte.

"Die Bedeutung des utopischen Sozialismus steht im umgekehrten Verhältnis zur geschichtlichen Entwicklung. ... Sie [die Utopisten] träumen noch immer die versuchsweise Verwirklichung ihrer gesellschaftlichen Utopien..."

(Marx, Engels; Manifest der Kommunistischen Partei)

Schon seit Jahrtausenden träumen Menschen von der "perfekten" Gesellschaft. Das reicht von antiken griechischen Philosophen, wie Phaleas

von Chalkedon (ca. 400 v.u.Z.) über religiös-sozialistische Vorstellungen im Mittelalter bis zu Henri de Saint-Simon und Charles Fourier an der Wende des 18. auf 19. Jahrhundert. Gemein ist ihnen die Annahme, dass alle Menschen gleich sind und daher auch der gesellschaftliche Reichtum gleich auf alle verteilt werden müsse. Jedoch bewegten sich sämtliche Vorstellungen dieser Art auf der Grundlage idealistischer Vorstellungen einer perfekten, harmonischen Gesellschaft. Für uns ist demgegenüber der Sozialismus nicht einfach nur ein schönes Projekt, sondern eine historische Notwendigkeit. Und zwar in dem Sinn, dass das Nichtüberwinden des Kapitalismus inzwischen die Alternative "Barbarei" bedeutet. In diesem Sinne hat sich bereits die deutsch-polnische Sozialistin Rosa Luxemburg geäußert ("Sozialismus oder Barbarei").

Die Utopisten - damals wie heute - sehen demgegenüber das Ideal einer neuen Gesellschaft losgelöst von den realen Verhältnissen. Sie ignorieren die grundsätzlichen Widersprüche zwischen den Klassen. Das führt notwendigerweise zu dem wohl wenig erfolgversprechenden Versuch eine bessere Gesellschaft durch Appelle und Fürbitten (an die Reichen und Mächtigen, an Gott, etc.) errichten zu wollen. Auch der Anarchismus denkt nicht an kollektive Organisationsformen oder ökonomische Machtverhältnisse, sondern stilisiert den Staat als das alleinige Böse, welchen er - je nachdem - durch die individuelle "Propaganda der Tat" oder die plötzliche Einsicht aller beseitigen möchte.

Eine bessere Gesellschaft fällt aber nicht vom Himmel oder wird errichtet, wenn alle von ihrer Sinnhaftigkeit überzeugt sind. Tatsächlich besteht eben ein ganz konkreter Interessenswiderspruch zwischen ArbeiterInnen, Jugendlichen, PensionistInnen, etc. auf der einen und den KapitalistInnen auf der anderen Seite. Noch nie haben die Reichen und Mächtigen irgendetwas freiwillig oder auf Grund "guter Argumente" abgegeben. Und noch nie haben "die Armen" - also die, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen - im Kapitalismus gesiegt, wenn sie nicht organisiert waren.

Selbst die grundlegendsten demokratischen und sozialen Errungenschaften (allgemeines Wahlrecht, 8-Stunden-Tag, etc.) wurden von der ArbeiterInnenbewegung erkämpft, immer gegen den erbitterten Widerstand der Herrschenden. Das gilt umso mehr für die Frage einer neuen Gesellschaft und den damit verbundenen Verlusten von Macht und Reichtum für die kleine Schicht jener die vom Kapitalismus profitiert. Das Konzept der sozialdemokratischen und später auch vieler kommunistischer Parteien, nämlich den Sozialismus "sanft und



ES EINE ALTERNATIVE?

langsam“ über Reformen einzuführen hat sich als zum Scheitern verurteilt herausgestellt. Bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder bei anderen politischen Verhältnissen können in der Vergangenheit hart erkämpfte Maßnahmen schnell wieder rückgängig gemacht werden. So besteht der 8-Stunden-Tag in Österreich nur noch auf dem Papier. Tatsächlich arbeitet einE ÖsterreicherIn durchschnittlich 42,3 Stunden pro Woche, mehr als in allen anderen EU-Ländern. Darum ist eine grundsätzliche revolutionäre Veränderung der Gesellschaft notwendig. Nur so kann eine gemeinsame demokratische Organisation der Gesellschaft und ein kontinuierlicher Fortschritt sichergestellt werden.

Wirtschaft: rückschrittliche Utopie vs. Fortschrittliche Realität

Jene Vorstellungen von Idealgesellschaften, die grob als „utopische Sozialismen“ zusammengefasst werden können haben gemein, dass sie als wirtschaftliche Grundlage bäuerliche Subsistenzwirtschaften sehen. Das mag in den agrarisch geprägten Wirtschaften bis ins 17./18. Jahrhundert eine gewisse historische Berechtigung gehabt haben. Dass sie in der Folge allerdings durch moderne ArbeiterInnenbewegungen, Protestformen (Streik) und den wissenschaftlichen Sozialismus überwunden wurden, hatte einen guten Grund. Den Anforderungen, die die neue Industrie, die komplizierten Marktmechanismen des Kapitalismus stellen konnten sie sämtlich nicht gerecht werden. Es ist schlicht nicht möglich auf Basis von „freiem Austausch“ oder „freier Produktion“ von Individuen eine moderne Gesellschaft zu organisieren. Dafür braucht es einen gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftsplan, der demokratisch entwickelt und beschlossen und umgesetzt wird. Voraussetzung dafür ist aber, dass die entscheidenden Bereiche der Wirtschaft nicht mehr in den Händen von Privatpersonen liegen, die zwangsläufig profitorientiert wirtschaften (müssen) sondern in Gemeineigentum übergehen. Denn nur was die Gesellschaft besitzt kann sie auch zu ihren Gunsten organisieren.

Unsere Alternative: Demokratische Planwirtschaft

Das bedeutet eine grundsätzliche Veränderung der Gesellschaft. Gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln, also Maschinen, Rohstoffe, etc. bietet die Möglichkeit im Interesse von Beschäftigten, KonsumentInnen und der Umwelt zu wirtschaften. Die arbeitenden Menschen sind gleichzeitig ProduzentInnen und

KonsumentInnen, sie sind die eigentlichen Experten für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten auf beiden Seiten des Wirtschaftsprozesses. Sie können am besten gemeinsam planen, wie die Wirtschaft organisiert sein muss. Gesamtgesellschaftliche Planung verhindert auch Über- oder Unterproduktion in einzelnen Bereichen und stellt sicher, dass die Bedürfnisse aller befriedigt werden können. Die notwendige Arbeit würde gerecht auf alle verteilt werden. Damit würde der aktuelle Irrsinn überwunden werden, dass auf der einen Seite eine Rekordzahl von Menschen arbeitslos ist, und gleichzeitig Beschäftigte reihenweise Überstunden leisten müssen. Die Einführung neuer Maschinen bedeutet, dass für die Herstellung eines Produktes weniger Zeit aufgewandt werden muss. Im Kapitalismus führt das zu Entlassungen, da ja weniger Arbeitskräfte notwendig sind. In einer sozialistischen Gesellschaft würde das zu einer Erleichterung der Arbeit und einer Reduzierung der Arbeitszeit führen. Das Konkurrenzprinzip, die Grundlage des Kapitalismus, wird aufgehoben. An ihre Stelle treten die Bedürfnisse von Mensch und Umwelt. Die Wirtschaft wird von allen Beteiligten gemeinsam und auf internationaler Ebene geplant. Diese Gesellschaft nennen wir Sozialismus.

Funktioniert das?

„Eine nette Idee, aber das funktioniert ja nicht.“ So oder so ähnlich lautet die Reaktion Vieler auf das Konzept einer sozialistischen Gesellschaft. Im Zuge des Scheiterns der stalinistischen Diktaturen setzte eine beispiellose Kampagne ein, die den Menschen als individualistisches, faules, Wesen darstellt, das sein/ihr Glück am besten auf eigene Faust erreicht anstatt kollektiv mit anderen gemeinsam. Tatsächlich ist die menschliche Natur aber genau umgekehrt. Profitwirtschaft, Arbeits- und Lohndruck, Mangel, spricht erst der Kapitalismus machen uns zu „egoistischen“ Personen. Der britische Schriftsteller und Sozialist George Orwell formulierte das so: „Wir sind wirtschaftlich egoistisch, weil wir alle in Schrecken vor der Armut leben. Aber wenn eine Ware nicht knapp ist, versucht niemand sich mehr anzueignen als ihm zusteht. ... In diesem Land sind wir nicht von Wassermangel geplagt ... Die Folge davon ist, dass Wasser kaum in unser Bewusstsein dringt. Aber was für Eifersüchteleien, was für Hassgefühle, was für entsetzliche Verbrechen doch der Mangel an Wasser in verdorrten Ländern wie Nordafrika verursachen kann! Dasselbe gilt auch für jede andere Art von Gütern. Wenn man es so einrichten könnte, dass es sie im Überfluss gäbe, was man sehr leicht tun könnte...“

Die Zeit ist reif für Sozialismus

von Christian Bunke, SLP-Wien

“There is no alternative“, es gibt keine Alternative. So das Leitbild der ehemaligen britischen Premierministerin und Galionsfigur der neoliberalen Bewegung Margaret Thatcher. Auch heute wird das von PolitikerInnen und Medien regelmäßig gepredigt: Je augenscheinlicher die kapitalistische Krise, desto öfter.

Dabei wird gerne so getan, als ob der gegenwärtige Zustand ein geschichtsloser sei. In der Geschichtswissenschaft versuchen „postmoderne“ WissenschaftlerInnen zu leugnen, dass es nachvollziehbare geschichtliche Prozesse überhaupt gibt, in der Populärwissenschaft wird Geschichte zu einem unübersichtlichen Wust an Taten „großer“ oder „böser“ Menschen, Kriegen, die einfach „so“ geschehen, Wirtschaftskrisen die „plötzlich wie aus dem Nichts“ auftauchen. So wird Kapitalismus geschichtslos, seine Herkunft verschleiert, über die Möglichkeit des Endes dieses Gesellschaftssystems und seiner Ersetzung durch eine sozialistische Gesellschaft will man gar nicht erst reden.

Marx und Engels analysierten Geschichte als historischen Prozess. Ausschlaggebend war für sie die fortschreitende Entwicklung der Produktions- und Austauschmethoden. Am Anfang steht die Notwendigkeit der Menschen, „zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden zu müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können, dass also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder Zeitabschnitts die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben (...)“ (Engels: Grabrede von Karl Marx)

Die Menschheit hat einen langen Weg hinter sich. Von klassenlosen Kleingruppen, die im Mangel vereint für das tägliche Überleben

kämpfen mussten, hin zu der Entwicklung von Ackerbau und Viehzucht, der ersten Produktion eines gesellschaftlichen Mehrproduktes, das sich einige unter den Nagel reißen konnten. Es entstanden die ersten Klassen. In den folgenden Jahrhunderten entwickelten sich stetig neue Technologien, mit ihnen neue Klassen. Mit der Entwicklung von Handel und industrieller Produktion kam die bürgerliche Klasse. Sie fegte den nun obsoleten Feudalismus hinweg.

Heute ist Kapitalismus so überflüssig wie einst der Feudalismus. Die große Errungenschaft der kapitalistischen Produktionsweise ist es, dass zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte Überfluss produziert wird. Der Widerspruch ist, dass dieser Überfluss nicht unter die Leute gebracht werden kann. Im Kapitalismus müssen die Besitzenden der Produktionsmittel Profit machen. ArbeiterInnen kriegen deshalb nie den wahren Wert ihrer Arbeit als Lohn bezahlt. Also können sie nicht alles zurückkaufen was produziert wird. Nicht zuletzt deshalb kommt es im Kapitalismus immer wieder zu Krisen.

Kapitalismus ist die erste Gesellschaftsform, die Überproduktion hervorgebracht hat. Es ist bereits jetzt möglich, alle Menschen auf dem Planeten zu ernähren, allen Menschen gute gesundheitliche Versorgung, ein Dach über dem Kopf und einen guten Lebensstandard zu geben.

Aber Kapitalismus produziert chaotisch und nur für die Interessen der Besitzenden der Banken und der Produktionsmittel. Gesellschaftlicher Fortschritt würde die Verstaatlichung der Produktionsmittel unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Menschen selber bedeuten. Dann wäre es möglich, gemeinsam Produktion und Verteilung der Produkte zum Wohl aller zu verteilen. Die Menschheit wäre zum ersten Mal nicht in Mangel, sondern in Überfluss vereint. Dazu muss aber die heute obsolete kapitalistische BesitzerInnenklasse hinweggefegt werden, wie einst die feudalistischen LandbesitzerInnen.

„Gibt es bei Ihnen kein Brot? Nein, bei uns gibt es keine Wurst – kein Brot gibt es gegenüber.“

Trotzki hatte Recht!

von Albert Kropf, SLP-Wien

Dieser Witz stammte aus dem „Ostblock“ der 1970er Jahre. Und tatsächlich wurden Lebensmittel auch 60 Jahre nach der Oktoberrevolution in Osteuropa rationiert. Eine Schicht an FunktionärInnen, BürokratInnen und PolitikerInnen lebte trotzdem in Saus und Braus. Dieses System etablierte sich in der Sowjetunion (SU) Ende der 1920er Jahre und dehnte sich 1945 über Osteuropa aus und wird als „Stalinismus“ bezeichnet. Dass das aber nichts mit dem Sozialismus von Marx & Engels oder den Bolschewiki zu tun hatte, liegt auf der Hand. Was war also passiert?

Was war die Sowjetunion?

Der Charakter der Sowjetunion spaltete ab den 1930er Jahren die internationale ArbeiterInnenbewegung. Eine kleine Clique hatte sich unter Stalins Führung an die Spitze des Staates und materiell über den Rest der Bevölkerung gestellt. Dagegen kämpfte die „Linke Opposition“ unter Leo Trotzki. Außerhalb der SU verschlossen viele SozialistInnen/KommunistInnen frei nach dem Motto „es kann nicht sein, was nicht sein darf“ die Augen vor diesen Entwicklungen. SozialdemokratInnen und Bürgerliche wiederum nutzten das für ihre Behauptung Bolschewismus würde automatisch zu Terror und Schreckensherrschaft führen. Trotz des Kampfes gegen den Stalinismus verteidigte die Linke Opposition die Errungenschaften der Oktoberrevolution. Im Gegensatz zu anderen, die im Stalinismus keine Besonderheit, sondern eine (staats)-kapitalistische Diktatur sahen, analysierte Trotzki in seinem 1936 erschienenen

Buch „Die veratene Revolution“ die SU bis heute einzigartig. Er weist nach, dass es sich bei der SU noch immer um einen ArbeiterInnenstaat handelt, und zwar um einen besonderen, weil die Bürokratie die Produktionsmittel zwar diktatorisch verwaltete, aber selbst nicht zur neuen Bourgeoisie geworden ist.

Keine Zukunft für Stalinismus!

Zugleich machte er klar, dass der Stalinismus ein Regime ohne Zukunft ist. Er ließ sich im Gegensatz zu vielen anderen nicht von den zweistelligen Zuwachsraten der sowjetischen Wirtschaft in der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre blenden. Denn er erkannte, dass dem Wirtschaftswachstum nicht neue Technologien, sondern nur kopierte ausländische zu Grunde lagen. Eine qualitative Weiterentwicklung der Technologien kann es im Sozialismus aber nur bei größtmöglicher Demokratie geben. Genau die aber wurde vom Stalinismus unterdrückt und so setzte nach dem die ausländische Technik kopiert worden war, auch in den 50er Jahren der Stillstand ein. Es gab nur mehr die Alternative einer politischen, demokratischen Revolution durch die ArbeiterInnen oder kapitalistischen Restauration durch Teile der herrschenden Bürokratie. Letzteres können wir seit 1991 und unter den heutigen russischen Oligarchen beobachten. Trotzki hatte also Recht!



Musik ist hochpolitisch, Teil 3:

Hip Hop/Rap: Zwischen Klunkern und Klassenkampf

von Sebastian Kugler,
SLP-SchülerInnengruppe

Hip Hop entwickelte sich in den 1970er Jahren als Ausdrucksmittel der unterdrückten schwarzen Minderheit in den USA. Als musikalischer Ausdruck dieser Kultur gilt der Rap. Als „Väter“ des Sprechgesangs wird oft die Band Last Poets angeführt. Sie waren stark von den Reden von Malcolm X beeinflusst. Allgemein spiegelte der beginnende Hip Hop die dramatischen sozialen Bedingungen in den Ghettos der US-Großstädte wieder. Stilprägende Hip Hop-KünstlerInnen wie Grandmaster Flash erzählten vom harten Leben im Ghetto und vom traurigen Alltag dort. 1988 erschien *„It takes a nation of millions to hold us back“* von Public Enemy. Es gilt vor allem wegen seiner hochpolitischen Texte, die Kriege, soziale Missstände und Regierungen anklagen als ein Meilenstein im Hip Hop.

„Conscious“- vs „Gangsta“-Rap

Besonders in den 1990er Jahren wurde eine Spaltung in der Hip Hop-Szene deutlich. Die kommerziell erfolgreichen „Gangsta-Rapper“ der Eastcoast und Westcoast schossen sich gegenseitig über den Haufen und verherrlichten in ihren Texten Gewalt und Sexismus. Das hält sich bis heute. Sieht mensch Hip Hop-Videos auf MTV, so räkeln sich meistens halbnackte Frauen um den „Künstler“, der mit Goldketten und „Bling Bling“ überladen ist. Auf der anderen Seite entwickelte sich „Conscious Rap“, der bewusst politische und soziale Inhalte in den Vordergrund stellt. Auch im deutschsprachigen Hip Hop, der sich Ende der 1980er etablierte, gibt es diese Trennung. Der Mainstream wird von sexistischen und nationalistischen Rappern wie Bushido oder Fler dominiert. Majorlabels pushen gezielt reaktionären Rap, systemkritische Inhalte bekommen keinen Raum in Radio und Musikfernsehen. Trotzdem entwickelte sich im deutschsprachigen Raum, vor allem in der letzten Zeit, eine aktive linke Hip Hop-Szene.

Hirn statt Eier!

Linker Hip Hop floriert wieder. In Österreich gab es nach Straches peinlichen Rap-Versuchen einen Diss-Con-

test, bei dem eine Reihe an KünstlerInnen ihrem Unmut über Strache Luft machten. In Deutschland gibt es mit Holger Burner, der Mitglied der deutschen Schwesterorganisation der SLP ist, Chaoze One, Lotta C oder Lena Stoeckfaktoren eine Reihe an KünstlerInnen, die links aktiv sind. Für Holger Burner ist die politische Aktivität untrennbar mit der Musik verbunden: „Organisieren ist unverzichtbar!“



*Weil Rap Kämpfer braucht,
statt den nächsten Oberlehrer*

*Wegen großer Gegner,
der BRD als Global Player,*

*weil die Bundeswehr so manchen
Marschbefehl bekommt,*

*Wegen Arbeitsplatzabbau
ob bei Staat und Telekom
oder bei Airbus*

*wegen dem Abziehen
unserer Renten*

*wegen unglaublich
übertriebener Aktiendividenden,*

*weil fast alle Menschen
das zwar ähnlich hier sehen,*

*Nur außer wählen zu gehen nichts
in den Medien steht*

*weil es wichtig ist,
Alternativen aufzuzeigen*

*Vom streiken bis zur Möglichkeit,
Betriebe zu enteignen!*

Holger Burner – Klassenkampfrap



Zum Kotzen!

von Corina Legerer
SLP-SchülerInnengruppe

Ich sitze in der U-Bahn, schaue in zwei verlorene Augen, inmitten eines eingefallenen kantigen Gesichts. Die Beine des Mädchens ähneln denen eines Storchs, die Oberschenkel so dick wie die Unterarme einer Normalgewichtigen. Ihre Hände zittern, ihre Stimme ist kraftlos, ihre Haut fahl.

Anorexia Nervosa (Magersucht) ist eine der häufigsten psychischen Krankheiten in Industrieländern. Meist trifft es junge Frauen, Mädchen in der Pubertät, die mit den Hürden des Erwachsenwerdens nicht fertig zu werden glauben. Frauen haben weniger Chancen im Beruf, ihre Leistungen werden mit weniger Geld oder gar nicht honoriert. Die Perspektive auf ein Leben mit doppel- und dreifach Belastung, mit Abhängigkeit von einem Mann oder als Alleinerzieherin in Armut – klar macht das Angst!

Anpassung bis zum Tod

Nur ca. 1/3 der Betroffenen schafft den Ausstieg aus der Sucht, die anderen 2/3 magern sich ab bis in den Tod. Perfekt sein, entsprechen, funktionieren, passen – all das verlangt das System von uns. Schlank sein, 90-60-90 haben, das zeichnet uns aus, das symbolisiert unseren „Erfolg“. Egal ob Anpassungszwang in Schule, Beziehung oder Job: Wir leben in einem System, an das wir uns anpassen müssen. Junge Frauen stehen hier besonders unter Druck. Essstörungen sind eine Reaktion auf diesen Druck, ein Rest von scheinbarer Selbstbestimmung und Macht. Ein Bereich wo Mädchen eine perverse „Leistung“ erbringen. Und ohne Leistung geht nichts im Kapitalismus.

Alles beginnt mit einer „normalen“ Diät. KeineR hat die Absicht, bis auf Haut und Knochen abzumagern. Die wenigsten sind zu Beginn wirklich übergewichtig, oft lässt die eigene Unzufriedenheit ein Gefühl des „zu dick

seins“ aus. Nicht nur die Medien, auch der Leistungswahn an sich vermittelt Jugendliche eigentlich ständig sie wären nicht „gut genug“.

Viele fühlen sich trotz toller Noten etc. weiterhin als die „Zweitbeste“. Mädchen und Frauen werden nicht deshalb magersüchtig, weil sie sich primär einen schönen Körper wünschen, sondern weil es für sie ein Weg zu sein scheint, in unserer Gesellschaft Anerkennung und Achtung zu bekommen.

Hungern ist ein lauter Hilfeschrei nach mehr Zuwendung, Beachtung und Geborgenheit, gleichzeitig aber auch ein Versuch, sich abzugrenzen, ein Widerstand, eine Rebellion. So wie bei der Anorexie Gefühle weggehungert werden, probieren BulimikerInnen (Menschen mit Ess-Brechsucht) ihren Gefühlen über selbst injiziertes Erbrechen Ausdruck zu verleihen.

Menschen mit Bulimie leiden oft an enormen Versagensängsten, haben das Gefühl, der Welt nicht gerecht zu sein. Erbrechen ist für sie eine Art Druckabbau, der einzige Weg, nicht gelebte Gefühle wie Angst, Wut und Trauer ans Tageslicht zu befördern.

Beide Krankheiten sind lebensgefährlich. Es ist ein süchtig machender Mechanismus, ein Teufelskreis aus Essen und Nichtessen. Ständiges Kalorienzählen regiert den Alltag, die Gedanken kreisen nur noch um Gewichtszu- und -abnahme. Oft zieht eine Essstörung auch Depressionen mit sich, Selbstmordgedanken werden sehr präsent. Die Selbstwahrnehmung verändert sich, wird verzerrt, entspricht zu keinem Teil der Wahrheit. Deshalb empfinden sich auch noch so untergewichtige Mädchen als zu dick.

In einer Gesellschaft, die allen Menschen die Möglichkeit bietet, sich selbst zu verwirklichen, durch freie, emanzipatorische Bildung und Arbeit, in der demokratisch geplant wird, gäbe es keinen Anreiz, irgendeiner Norm zu entsprechen. Nicht wir haben uns dem System anzupassen, das System hat sich uns anzupassen!

DIE SLP-TREFFPUNKTE

GMUNDEN

jeweils Freitag, 17.00 Uhr,
Ort bitte auf www.slp.at nachschlagen
bzw. unter 01/524 63 10 erfragen.

GRAZ

nicht regelmäßig, Infos: slp@slp.at

LINZ

jeweils Montag, 18.30 Uhr,
„Alte Welt“, Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos: slp@slp.at

SALZBURG-STADT

jeweils Mittwoch, 19.00 Uhr,
„Shakespeare“, Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

WIEN

SLP-SchülerInnen-Gruppe
Jeden Montag um 18.30
„Amerlinghaus“
7.; Stiftg.8

SLP-Ortsgruppe

Jeden Mittwoch um 19.00
„Pizzeria La Piazza“
20.; Gaussplatz 7

SLP-Ortsgruppe

Jeden Mittwoch um 19.00
„Pizzeria Valentino“
9.; Bergg. 6

SLP-Ortsgruppe

Jeden Donnerstag um 19.00
„Gasthaus Zypresse“
7.; Westbahnstr./Kaiserstr.

SLP-Nachmittags-Ortsgruppe

Jeden Freitag um 13.30
„Pizzeria La Piazza“
20.; Gaussplatz 7

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe?
Wir unterstützen Sie gerne als individuelles
Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

Jetzt Abo bestellen!



Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00*
an PSK 8812.733
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort
„Abo“ nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen ohne
eigenes Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben
inkl. Porto und Versand

ALLES INKLUSIVE

Unsere Arbeit kostet Geld.

Die SLP erhält keine Subventionen oder Geld von Unternehmen. Das garantiert unsere politische Unabhängigkeit. Es macht uns aber abhängig von Deiner/Ihrer Unterstützung. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein „All-Inclusive-Abo“ eben. Einfach einzahlen auf

PSK 8812.733

Keine Atempause...es geht Vorwärts!

Michael Gehmacher SLP-Wien

Keine Pause nach der Wienwahl: Die brutale Abschiebepolitik der Regierung führte zu heftigen Reaktionen. Am 19.10. kam es in Wien zu einem Schulstreik gegen die Abschiebung einer Schülerin des Borg 3. Die SLP beteiligte sich mit einem lautstarken Block und wir organisierten Streiks an vielen Wiener Schulen. Ein Highlight dabei: schulbezogene Transparente wie z.B. „Haizinger heizt RassistInnen ein“ (vom BG Haizingergasse). Die SLP hat den Aufbau von „Hände weg“ Gruppen in Schulen angeregt, um Schulen zur Polizei-Freien-Zone zu machen. Am 15.11. erfuhren wir von der drohenden Abschiebung eines Abgeschülers der HTL-Ottakring. Code E. hätte bereits in der Nacht von 17. auf 18.11. nach Nigeria abgeschoben werden sollen. Nur 48

Stunden davor entschlossen wir uns zu einer spontanen Demonstration, der sich AKS, SJ andere linke Gruppen sowie die Wiener Grünen anschlossen. Code wurde am selben Abend freigelassen und beteiligte sich mit zwei kämpferischen Reden an der Demonstration.

In Wien schlossen sich viele SchülerInnen der SLP-SchülerInnengruppe an. Gewünscht wird eine linke Alternative, die nicht nur theoretisiert (obwohl das auch nicht zu kurz kommt, wie bei einem Seminar Anfang November), sondern auch kämpferische Aktionen setzt. So meint z.B. Samuel ein Schüler aus der Haizingergasse: „Ich bin Mitglied der SLP geworden, weil ich gegen Homophobie, Sexismus, Rechtsextremismus und Kapitalismus kämpfen will. Meiner Meinung nach ist dieser Kampf nur organisiert möglich, alleine sind die Möglichkeiten be-

schränkt. Daher habe ich schon länger eine Organisation gesucht in die ich passe und habe dann die SLP gewählt, da sie die besten Grundsätze hat.“

Der November im Zeichen der Proteste gegen das Belastungspaket.

Wir beteiligten uns in vier Städten an den Studierendendemonstrationen nach Bekanntwerden der Kürzungspläne bei der Familienbeihilfe. Innerhalb von zwei Tagen hatten wir die Zeitung um eine Sondernummer zum Paket – Analyse und Vorschläge was dagegen zu tun sei – fertig. In Linz bildeten die SLP-GenossInnen einen kämpferischen Block gemeinsam mit linken Eishockeyfans. In Graz konnten wir 53 Ausgaben des „Vorwärts“ verkaufen. In Graz und in Gmunden werden jetzt neue SLP-Gruppen auf-

gebaut. Am 19.11. gingen in Salzburg v.a. Jugendliche und in Linz SozialarbeiterInnen, KindergärtnerInnen, StudentInnen und SchülerInnen auf die Straße und die SLP war mitten drin.

Wir schaffte es gleich mit zwei Themen in mehrere Medien. Wir beteiligten uns an der sehr kämpferischen Demo von PflegegeldbezieherInnen am 18.11 (mit Ringblockade) und hatten mit der Demo gegen die Luxusmesse in Wien am 19.11. einen kleinen medialen Aufreger. Die Demo war – nach dem Schulstreik am Vormittag – ein kräftiges antikapitalistisches Lebenszeichen. Vorallem in der Brigittenau gab es großen Zuspruch da wir die dekadente Luxusmesse mit dem aktuellen Sparpaket der Regierung verbanden. Der Unmut ist groß – die Proteste werden also weitergehen! Mach mit und werde aktiv mit der SLP!



Neues aus dem CWI

Nigeria - Wieder eine Wahlfarce?

von Martin Ramberger,
SLP-Wien

In Nigeria steht für nächstes Jahr erneut eine landesweite Wahl vor der Tür. Die letzte 2007 wurde überschattet von dem Verdacht der Wahlfälschung und Manipulation, noch dazu kommt die korrupte Oberschicht Nigerias. Momentan versuchen alle etablierten Parteien die Gemüter zu beruhigen und versprechen ein "faire und freie Wahl". Doch es ist klar, dass diese Wahl wieder zu einer Farce wird.

Democratic Socialist Movement (CWI-Sektion in Nigeria) arbeitet unter sehr schwierigen Umständen für die Rechte von ArbeiterInnen und Jugendlichen. Immer wieder kommt es zur Verhaftungen von Mitgliedern und der Behinderung von Aktion durch die Polizei. Deshalb versucht das DSM eine starke Linke in Nigeria aufzubauen - auch damit es bei den nächsten Wahlen ein wählbares Angebot gibt. Aber es geht nicht nur darum eine Wahlalternative aufzubauen, sondern auch darum, Taten zu setzen. So wurde auch der Vorschlag der Gewerkschaften für einen dreitägigen Warnstreik für einen Mindestlohn 120 US-Dollar unterstützt.

Mehr Infos zu DSM:
<http://www.socialistnigeria.org>

England - Bildung steht nicht zum Verkauf

Nicht nur in Österreich gehen Studierende auf die Straße, sondern auch in England, u.a. am 10.11. in London. Auf der Großdemonstration von ca. 52.000 waren nicht nur Studierende aus ganz England, Wales und Schottland, sondern auch UnterstützerInnen aus dem Gewerkschaftsbereich.

Die Demonstration war ein Aufschrei und auch der Startschuss für eine Kette an Aktionen gegen die Kürzungen der konservativ-liberalen Regierung. Die Einsparungen werden einen massiven Arbeitsplatzverlust und die weitere Verschuldung von Studierenden zur Folge haben. Schätzungen gehen davon aus, dass sie sogar eine halbe Millionen Jobs kosten könnten und Studierenden am Ende des Studiums über 3000.- Pfund Schulden angehäuft haben.

Die Proteste wurden unterstützt und mitorganisiert von der Socialist Party (CWI-England&Wales). Die Aktivitäten sind Teil der Kampagne „Youth for Jobs“ (Jugend für Jobs) der SP. Hier zeigen Jugendliche auf, dass die Regierung für das Bankenrettungspaket Englands 850 Milliarden Pfund hat – dass also genug Geld für sichere Ausbildungsplätze da wäre!

www.socialistworld.net

von Sebastian Kugler,
SLP-SchülerInnengruppe

Die massiven Kürzungspakete der Regierungen Europas führen überall zu einem breiten Unmut in der Bevölkerung. Der Wunsch nach Systemalternativen steigt. Laut einer BBC-Umfrage finden nur 11% der Menschen, dass der Kapitalismus funktioniert. Doch wer vertritt die restlichen 89%? Die Sozialdemokratien Europas sind schon lange keine Interessenvertretung der ArbeiterInnenklasse mehr. In allen Ländern beteiligen sie sich an Kürzungsmaßnahmen, Sparpaketen oder Verschärfungen im Fremdenrecht. Die Notwendigkeit für neue Formationen der ArbeiterInnen und Jugendlichen wird immer offensichtlicher. Eine Reihe an Linksparteien hat sich in den letzten Jahren in Europa und auf der ganzen Welt gegründet. Die Voraussetzungen für den Erfolg dieser neuen Formationen waren nicht schlecht. Die LINKE in Deutschland ging unter anderem aus Protesten gegen die Kürzungs- und Kriegspolitik von SPD und Grünen hervor. In Griechenland schlossen sich mehrere linke Organisationen zu dem „Bündnis der radikalen Linken“ Syriza zusammen. Die Umfragen vor zwei Jahren ergaben für Syriza bis zu 15%. Auch in Frankreich bildete sich die „Neue Antikapitalistische Partei“, die Nouveau Parti Anticapitaliste (NPA). Olivier Besancenot, der Vorsitzende der NPA, ist einer von Frankreichs beliebtesten PolitikerInnen.

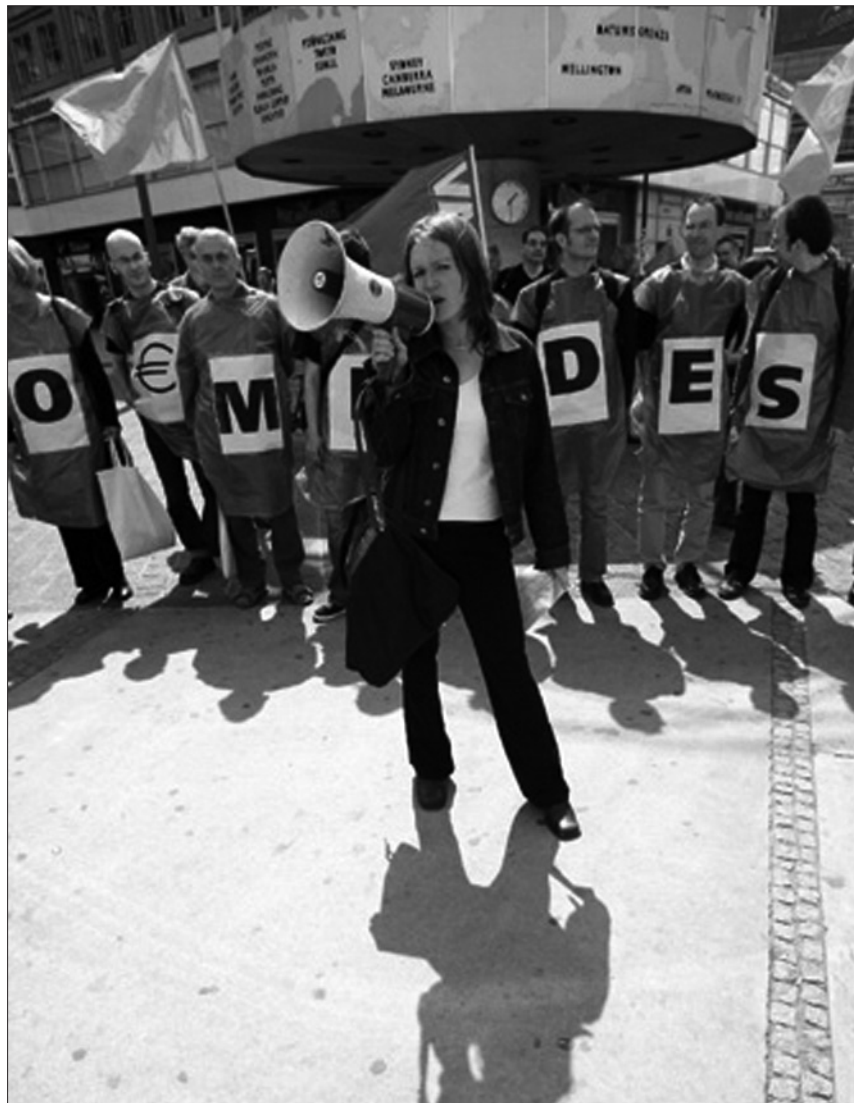
Notwendig aber mäßig erfolgreich

Allein die schiere Existenz solcher neuen linken Parteien treibt das rechtsextreme Lager in die Enge. Was passiert, wenn es keine Linkspartei gibt, sehen wir mit bis zu 26% in Umfragen für die FPÖ in Österreich.

Aber: Gerade in der tiefsten Krise des Kapitalismus seit den 1930er Jahren schaffen es viele neuen linken Formationen nicht, die Wut unter ArbeiterInnen und Jugendlichen aufzugreifen und ihnen eine antikapitalistische Perspektive zu geben. Warum?

Es braucht konkretes Aktionsprogramm statt Packelei mit der Sozialdemokratie

Bei den Regionalwahlen in Griechen-



land im November erreichte Syriza gerade einmal 4,5%. Ausschlaggebend dafür war, dass Syriza keine konkreten Vorschläge und Konzepte gegen die Kürzungspakete bieten konnte. Stattdessen wurden wieder Wünsche nach Zusammenarbeit mit der griechischen Sozialdemokratie (die die Kürzungen durchsetzt) laut, in der Hoffnung, Syriza könnte ein linkes Korrektiv für Papandreou & Co sein. Das ignoriert jedoch vollkommen die Realität. Nach sechs Generalstreiks gegen die sozialdemokratische Regierung stellt sich für die griechische ArbeiterInnenklasse die Frage, wie der Widerstand konkret weitergehen soll. Hohle Appelle wie „Vereint und links machen wir das Unmögliche möglich“ (Wahlpruch von Syriza) helfen im konkreten Kampf um den Lebensstandard wenig. Xekinima, die griechische Schwesterorganisation

der SLP, stellt als einzige Kraft in Syriza konkrete Forderungen nach Nichtzahlung der Schulden und einem 48 stündigen Generalstreik auf.

Es braucht Beteiligung und Initiierung von Kämpfen statt Hoffnung auf gute Wahlergebnisse.

BasisaktivistInnen der NPA, wie die Mitglieder der französischen Schwesterorganisation der SLP, Gauche Révolutionnaire, sind in der Bewegung in Frankreich zahlreich aktiv, zum Beispiel bei den Blockaden der Tankstellen oder Schulen. Dennoch genügt es der Führung der NPA, die revoltierende Bevölkerung mit abstrakten Forderungen nach „Mehr Aktionen“ abzuspeisen. In ihrer ganzen Ausrichtung hofft sie v.a. auf Wahlerfolge und hat wenig konkretes anzubieten.

Es braucht ein Programm dass über den Tellerrand des Kapitalismus hinausgeht

Die LINKE in Deutschland befindet sich zurzeit in einer Programmdiskussion. Der aktuelle Entwurf bedeutet einen Schritt nach Links. Den Anforderungen eines sozialistischen Programms in dieser Wirtschaftskrise wird er jedoch nicht gerecht. So strebt der Entwurf „als ersten Schritt einen grundlegenden Richtungswechsel der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung, einen sozial-ökologischer Umbau“ an. Ein solcher kann aber nur durch eine Bewegung von unten, von ArbeiterInnen und Jugendlichen erkämpft werden. In der Debatte melden sich auch rechte Strömungen zu Wort, mit katastrophalen Vorschlägen wie einem Ja zu Privatisierungen und einem Nein zu Kapitalismuskritik. VertreterInnen dieses Flügels würden die Linkspartei lieber heute als morgen in einer rosa-rot-grünen Koalition sehen. Das würde der Linkspartei sämtliche Glaubwürdigkeit nehmen und sie zu einer zweiten SPD verkommen lassen. Währenddessen versäumt es die LINKE, in den Protesten rund um Stuttgart 21 oder gegen die Castor-Transporte eine zentrale Rolle zu spielen, trotz des aufopfernden Einsatzes tausender ihrer Mitglieder. Die deutsche Schwesterorganisation der SLP, die Sozialistische Alternative, kämpft nicht nur für ein revolutionäres Programm der LINKEN, sondern auch für eine revolutionäre Praxis. Mitglieder der SAV sind bei aktuellen Protesten an vorderster Front dabei.

Diese Beispiele zeigen: Wenn neue linke Formationen Erfolg haben wollen, reicht es nicht, auf gute Wahlergebnisse zu hoffen. Sie müssen aktuelle Kämpfe aufgreifen und ihnen eine sozialistische Perspektive geben. Sie dürfen sich an keiner Regierung mit Kürzungs- oder Kriegsplänen beteiligen, sondern müssen im Gegenteil sämtliche Sachzwanglogiken abwerfen und konsequent Widerstand organisieren. Und nicht zuletzt brauchen sie ein Programm, das den Herausforderungen der heutigen Zeit gerecht wird. Ein Programm, das nicht versucht, dem Kapitalismus ein menschliches Antlitz zu geben, sondern eines, das darauf abzielt, ihn abzuschaffen und durch eine demokratische sozialistische Gesellschaft zu ersetzen.

Frankreich: Kommt ein neues '68?

Jan Millonig,
SLP-Kärnten/Koroška

Im November waren 3,5 Millionen Menschen in 260 Städten auf den Straßen. Es gab sechs Streiks in sechs Wochen. Viele Öllager wurden von ArbeiterInnen blockiert. SchülerInnenproteste haben sich formiert und 70% der Bevölkerung solidarisiert sich mit den Protesten. Das ist die vorläufige Bilanz der Bewegung gegen die Pensionsreform der Regierung Sarkozys, mit der das Pensionsalter von 60 auf 62 erhöht wurde.

Harter Kampf

Sowohl Regierung als auch Protestbewegung haben sich auf einen harten Kampf eingestellt. Die Härte, die Sarkozy aufgebracht hat um die Reform durchzusetzen, war beispieldlos. Doch auch die französischen ArbeiterInnen und

die Jugendlichen haben zu radikalen Maßnahmen gegriffen. Die Blockierung vieler Öllager hat die Treibstoffversorgung ernsthaft ins Wanken gebracht.

Die Entschlossenheit der Streiks hat die Gewerkschaftsführung zwar zur Teilnahme am Protest gezwungen, doch sie hat mit aller Kraft versucht, die Bewegung zu bremsen. Sogar die „linken“ Parteien sind unfähig den Kampf zu führen. Es herrscht ein großes politisches Vakuum, das die Bewegung stark schwächt.

Ein neues '68 ist das noch nicht, aber die Pensionsreform ist längst zum Symbol geworden. Denn wenn Sarkozy diese Schlacht gewinnt, folgen weitere Kürzungen. Das ist ein Kräftemessen zwischen den Klassen, das über die weitere Durchsetzung von Sparmaßnahmen in Frankreich bestimmen wird. Die Entwicklung in Frankreich bleibt

unberechenbar, aber auf jeden Fall erzeugt sie eine tiefe Spur im Bewusstsein der französischen ArbeiterInnenklasse und wird weitergehen.

Doch dieser Kampf, der über den Lebensstandard von Millionen entscheidet, ist auch ein Vorbild für den Rest von Europa, wo auch Bewegungen gegen die Sparpakete der Regierungen entstehen und es immer wichtiger wird auf soziale Angriffe zu antworten. Frankreich zeigt was möglich ist und heizt die Stimmung in Europa weiter an. Auch in Österreich wird Widerstand immer wichtiger, wo konservative Stimmen schon nach der „fehlenden Pensionsreform“ im Budget schreien.

Besonders hervor stechen die SchülerInnenproteste, die weite Teile Frankreichs erfasst haben. Weil die Jugend Arbeitslosigkeit jetzt schon überdurchschnittlich hoch ist, fürchten die Jungen um Ar-



beitsplätze, wenn die Älteren zwei Jahre länger arbeiten.

Es fehlt die revolutionäre Partei

1968 wurde die Chance auf einen sozialistischen Wandel verpasst. Denn damals gab es keine revolutionäre Partei, die den Kampf weiter entwickelt hat, die den Kapitalismus stürzen und die Perspektive auf eine sozialistische Gesellschaft eröffnen konnte. Die

damals starke KP bremste. Gauche Révolutionnaire (CWI-Frankreich) setzt sich heute für den Aufbau einer solchen ein und arbeitet deshalb in der neuen NPA mit. Erst wenn die Großindustrie und Banken in öffentliches Eigentum überführt und von den ArbeiterInnen geplant verwaltet werden, wird auch genug für Renten ab 60 und Arbeitsplätze für alle Jugendlichen vorhanden sein.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 194

Dezember 2010/Jänner 2011

Rassismus
schafft keine Jobs!
Geld für Soziales
statt für Banken!



Eure Krise raubt unsere Zukunft!

*Krise, Sparpaket und Rassismus:
Die Jugend ist besonders betroffen!*



Generation AUFSTAND

Sedef Yavuz und Yanna Ndiaye,
SLP-SchülerInnengruppe

„Generation Krise“ – So wird die Jugend heute international genannt. Egal ob studierend, in Lehre, in der Schule oder arbeitslos, beinahe alle sind von der Krise getroffen. Sei es, dass die Familienbeihilfe gestrichen wird oder die Lehrstellen fehlen, sei es in Form von verrotten Schulsystemen oder einer Jugend in Armut. In Österreich leiden mittlerweile 50% der Jugendlichen an schulbedingten Stresserscheinungen. Anstatt nachzufragen, warum dass so ist, wundern sich bürgerliche Medien auch noch, dass österreichische Jugendliche Europa-meister im Rauchen und Komasaufen sind.

JedeR 10. JugendlicheR in Österreich ist arbeitslos. Dann kommt der Vorwurf, die Jungen, im Speziellen MigrantInnen, würden nur faul zu Hause

bei ihren Eltern sitzen sich keine Arbeit suchen wollen. Aber es gibt weder Jobs noch leistbare Wohnungen. Hinzu kommt, dass sich die Arbeitslosigkeit auf die mentale Verfassung auswirkt. Wir haben eine sinnvolle Tätigkeit mit menschlichen Arbeitsbedingungen verdient!

Und doch müssen wir oft furchtbare Jobs – uninteressant, autoritäre Vorgesetzte etc – erdulden um unser Leben und vielleicht ein bisschen mehr zu finanzieren. Freizeit und Kultur sind völlig übersteuert und die Preise steigen von Jahr zu Jahr. 264.000 junge Menschen sind armutsgefährdet. Was bedeutet das? Keine eigene Wohnung, sieben Tage die Woche Nudeln, keine Abende mit FreundInnen im Kino, vom Skiurlaub gar nicht zu sprechen.

Generation Aufstand

Perspektivenlosigkeit hat vie-

le Kinder. Resignation, Depression, Apathie, aber auch den Willen zur Veränderung. Im letzten Jahrzehnt gab es mehr Jugendunruhen als in den 1960er Jahren. Überall auf der Welt rebellieren Jugendliche gegen ein System, das ihnen keine Zukunft zu bieten hat. Der deutsche Fernsehsender ARTE veröffentlichte eine Dokumentation namens „Für eine andere Welt!“. Der Film berichtet von Jugendprotesten in Griechenland, China, Brasilien, Dänemark und Frankreich und kommt zu dem Schluss: „Nie zuvor war der Geist der Revolte so stark und so verbreitet.“ Allein im Jahr 2009 wurden weltweit 524 Aufstände gezählt, und fast ein Drittel davon fand in Europa statt. Fast alle Proteste werden von jungen Menschen (mit)getragen. Mit Demonstrationen, Schulstreiks und Besetzungen von Schulen ver-

schaftete sich die Jugend in Frankreich Gehör. „Für die Regierung sind wir – all die Jugendlichen die eine gute Zukunft wollen und sich entschieden haben, für sie zu kämpfen – nur Abschaum.“, sagt Alex Lecoq, Student aus Rouen. Am 10. November demonstrierten 52.000 Jugendliche in London gegen die Kürzungsmaßnahmen der Regierung. Sie skandierten „We won't be a lost generation – Fight for jobs, fight for education!“ (Wir werden keine verlorene Generation sein – Kämpft für Jobs und Bildung!). Sogar die Zentrale der Tories, der konservativen Partei, wurde besetzt. „Alle denken, wenigstens die Studierenden sind aus dem Bett gestiegen und tun was!“ , sagte einer der Beteiligten.

Jugend auf der rechten Spur?

Von alledem liest mensch in

den bürgerlichen Medien herzlich wenig. Stattdessen soll „Die Jugend von heute“ der Grund für die steigenden FPÖ-Wahlerfolge sein. Aber: in Wien wählten 20% der Jugendlichen FPÖ. Das sind zwar immer noch 20% zu viel, liegt aber deutlich unter dem Gesamtergebnis von 26%. Das Bild von Jugendlichen, die mit Strache im Club tanzen und „Den Heinz-Christian wählen, weil er so schöne blaue Augen hat“ (LeserInnenbrief in „Heute“) ist nur eine Seite. Die Jugend in Österreich ist weder kollektiv rechts noch unpolitisch. Im Frühjahr 2009 fanden drei Schulstreiks statt, der größte mit einer Beteiligung von 60.000 SchülerInnen. Die Unibrennt-Bewegung, die letzten Herbst von Wien ausging, verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der EU und im Rest der Welt. Arigonas MitschülerInnen wehrten sich ge-

gen ihre Abschiebung, genau wie die SchülerInnen des Borg 3 gegen die Abschiebung ihrer Mitschülerin Araksya. Am 19.10 fand ein wienweiter Schulstreik gegen Araksyas Abschiebung statt. Jugendliche werden in den kommenden Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle spielen. In diesem Sinne können wir den Herrschenden nur einen Spruch der Unibrennt-Bewegung mitgeben: „Ihr werdet euch noch wünschen, wir wären unpolitisch!“

Unsere Forderungen:

- Freie Bildung vom Kindergarten bis zur Uni!
- Wahlrecht ab 15 Jahren.
- Ausreichend Lehrstellen & Jobs mit einem Mindestlohn von 1200 EUR netto.
- Leistbare Wohnungen, und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.

Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf ko-

stenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BfJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind

die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.

- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at